



Liebe Genossinnen und Genossen

Wir haben die Landtagswahl verloren und wir haben auch im Ortsverein begonnen die Ursachen dafür aufzuarbeiten. Im Bundestagswahlkampf müssen wir stärker unsere Inhalt, an denen wir in den letzten Monaten als Ortsverein intensiv mitgewirkt haben, in den Vordergrund stellen. Und dann schaffen wir es auch nochmal in 4 Wochen 10% zuzulegen!

Euer,

Sebastian

Autofreier Sonntag auf der Venloer Straße

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat am 8. Mai 2017 auf Antrag der SPD Fraktion und Bündnis 90 / Die Grünen die Verwaltung beauftragt, im Sommer modellhaft einen autofreien Sonntag entsprechend dem von der Bürgerinitiative "Ehrenfelder Freiheit" sowie der Agora Köln erstellten Konzept „Boulevard Ehrenfelder Freiheit“ durchzuführen.

Für die OV-Info fragte Jürgen Brock-Mildenberger bei Martin Herrndorf, dem Sprecher der Initiative „Boulevard Ehrenfelder Freiheit“ nach.

OV-Info: Wie kamen Sie auf die Idee, für die Einkaufsmeile und Bundesstraße Venloer Straße einen autofreien Sonntag zu fordern ?

Martin Herrndorf: Für viele Ehrenfelder ist die Venloer Straße ja nicht primär eine "Bundesstraße", sondern das Herz des Viertels. Zum Einkaufen, aber auch, um zum Markt, zur Schule, zu Freunden oder abends in die Kneipe zu kommen. Und ein Ort für Begegnung und Austausch - vom Grüßen an der Ecke bis zum längeren Gespräch im Café. Gleichzeitig fahren sehr viele Leute Fahrrad auf der Venloer - aber nicht besonders gerne, da der Schutzstreifen zu eng und oft zugeparkt ist.



Um die Venloer als Ort des Austauschs und der Mobilität im Veedel zu fördern gibt es schon länger und bei anderen Personen und Gruppen die Idee, den Fuß- und Radverkehr zu stärken, auch mit einem regelmäßigen autofreien Sonntag, ob monatlich oder wöchentlich. "Sonntags autofrei" ist auch nicht unsere Idee, das wurde an verschiedenen Ecken diskutiert - wir haben halt angefangen, Unterschriften zu sammeln und ein Konzept zu schreiben.

Ausgabe 2/2017

Termine

Venloer Straßenfest am 12 und 13 August 2017 bitte bei Katja Mildenberger unter der Mailadresse: brock-mildenberger@t-online.de melden

Plakatierung für die Bundestagswahl 2017 am 11.08.2017

Impressum

V.i.S.d.P.:
Sebastian Bucher
c/o Magnusstr. 18b
50672 Köln
E-Mail:
info@spd-ehrenfeld.de

Jede Hilfe ist willkommen, dazu bitte bei Benjamin Beltz und benjamin.beltz@gmx.de melden.

Die Ehrenfelder



Ehrenfeld
SPD

OV-Info: Gab es Widerstände beispielsweise von Seiten der dort ansässigen Geschäftsleute gegen dieses Vorhaben?

Martin Herrndorf: Erstmal finden viele Geschäftsleute das gut - gerade Cafés und Restaurants profitieren ja vom Laufpublikum. Viele haben ja sonntags geschlossen, manche finden es schade, dass sie deswegen den autofreien Tag verpassen, anderen ist es egal. Einige wenige sind grummelig - richtigen Widerstand hat niemand angekündigt.

OV-Info: Abgesehen vom ökologischen Aspekt, welche Auswirkungen können Sie sich für das gefühlte Zentrum von Ehrenfeld vorstellen?

Martin Herrndorf: Ein besseres Miteinander und weniger Stress - zwischen Radfahrern und Fußgängern, zwischen Jung und Alt, zwischen Alt-Ehrenfeldern und Neu-Zugezogenen, ob aus Böblingen oder Raqqa. Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche. Mehr Ruhe und Sicherheit für Senioren. Uns geht es um das Zusammenleben im Viertel!

OV-Info: Welche Erfahrungen haben Sie im Rahmen Ihres Projektes mit der politischen Beteiligungskultur insbesondere mit dem Verfahren zum Bürgerhaushalt der Stadt Köln gemacht?

Martin Herrndorf: Der Bürgerhaushalt ist super, um schnell an die Öffentlichkeit zu gehen und Projekte auch in der Politik und Stadtverwaltung bekannt zu machen! Natürlich müssen diese auf Machbarkeit und Sinnhaftigkeit geprüft werden. Hier würden wir uns manchmal ein bisschen mehr Kreativität bei den Verantwortlichen wünschen, Dinge möglich zu machen und auch umzusetzen!

OV-Info: Im Jahr 2003 wurde von der IG Ehrenfeld ein Leitbild für Ehrenfeld vorgestellt, das in zweijähriger Arbeit unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung erstellt worden war. Darin lautet eine generelle Forderung: „Ehrenfeld wird gemeinsam gestaltet – alle Bürger und Unternehmer sollen stärker als bisher Verantwortung übernehmen für das Erscheinungsbild Ehrenfelds, speziell für die Sauberkeit und die Begrünung.“ Zum Thema Verkehr lautete die Forderung, dass „das Miteinander der unterschiedlichen – insbesondere der schwächeren – Verkehrsteilnehmer erleichtert und vorhandene Kapazitäten besser ausgelastet werden.“ Würden Sie heute sagen: „Ziel erreicht.“ ?

Martin Herrndorf: Die Begrünung von Ehrenfeld klappt an vielen Stellen schon ganz gut - vor allem die Baumscheiben tragen es ja in den Alltag, sowohl auf der Venloer Straße als auch in den Seitenstraßen. Wünschen würden wir uns Obst- und Gemüseanbau in Parks - das hat die Bezirksvertretung beschlossen, bisher wurde aber nichts umgesetzt.

Zum Miteinander auf den Straßen - da ist das Bild sehr gemischt! Die Venloer ist sicher ein Sonderfall und für alle etwas anstrengend - aber zumindest passen alle aufeinander auf, weil sie es müssen! In der Stammstraße ist heute mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer als noch vor drei Jahren, die Marienstraße ist weiter zugeparkt. Auf vielen Gehwegen kommen Fußgänger kaum durch, vor allem mit Kinderwagen oder Rollator. Da wollen wir ran!

OV-Info: Wie stellen Sie sich die Venloer Straße in zehn Jahren vor?

Martin Herrndorf: Bunt und lebendig! Vielleicht als Fußgängerzone? Vielleicht ohne parkende Autos, weil sich Carsharing bis dahin noch weiter durchgesetzt hat und wir viel weniger Parkplätze brauchen. Das schafft Platz - zum Beispiel für Sitzbänke, Fahrradständer oder einen Schnack an der Ecke.

Venloer Straßenfest

am 12 und 13 August 2017 - wieder mit der SPD!?

Der Ortsverein der SPD Ehrenfeld will sich in diesem Jahr wieder mit einem Stand und einer Aktion für Kinder am Venloer Straßenfest beteiligen.

Im vergangenen Jahr war die finanzielle Forderung der Veranstalter zu hoch und wir sahen von einer Beteiligung ab.

Jetzt suchen wir aber wieder Mitstreiterinnen und Mitstreiter für das zweite August-Wochenende. Also schaut in Euern Terminkalender und reserviert ein paar Stunden, um diese mit engagierten Genossinnen und Genossen auf der Venloer Straße zu verbringen.

Wir werden unseren Stand in der Nähe der Simrockstraße aufbauen. An beiden Tagen von 12 Uhr bis 18:30 Uhr.

Meldet Euch bitte bei Katja Mildenerger unter der Mailadresse: brock-mildenerger@t-online.de

Oligarchie der Autokraten

Von Rolf Mützenich

Wenn europäische Politiker auf Donald Trump treffen, geht es vordergründig um die Lastenteilung innerhalb der NATO, die Bewahrung des Freihandels, die Beziehung zu Russland und die Krisen dieser Welt von Nordkorea bis Syrien. Doch tatsächlich geht es um viel mehr: Um die Zukunft der internationalen liberalen Ordnung.

Nach gut 100 Tagen Donald Trump muss man leider feststellen, dass sich die Hoffnungen, es werde schon nicht so schlimm kommen, nicht bewahrheitet haben. Zwar hat Trump eine Reihe atemberaubender Kehrtwenden hingelegt und findet die NATO nun plötzlich doch nicht mehr „obsolet“, die USA sollen die NAFTA nun doch nicht verlassen und in Syrien und Nordkorea verfolgt er nicht die erwartete isolationistische, sondern eine interventionistische Politik. Dahinter ist jedoch keine langfristige, politische Strategie erkennbar. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er in wenigen Tagen oder Wochen eine gegenteilige Politik propagiert.

Wie sich die Weltmacht zum Gespött der Welt macht

Im Weißen Haus scheint die Unvernunft eines Narzissten zu regieren, der mit dem Schicksal der mächtigsten Nation der Welt spielt und von notorischem Selbstmitleid und einem tief sitzenden Hass auf die liberale Presse zerfressen ist. Mehr noch: Es mangelt ihm an Respekt vor dem demokratischen Rechtsstaat und er scheint – zurückhaltend formuliert – nicht gerade dem Prinzip der Wahrhaftigkeit verpflichtet zu sein. Auch die Hoffnung, dass das Amt den Inhaber stärker formt als der Inhaber das Amt, hat sich bislang nicht bewahrheitet.

Trotzdem wehren sich die Institutionen und das System der *Checks and Balances* in der seit fast zweieinhalb Jahrhunderten existierenden amerikanischen Demokratie bislang recht erfolgreich gegen den Frontalangriff aus dem Weißen Haus – ja man hat geradezu das Gefühl, dass einige von ihnen, wie die liberale Presse, durch Trump geradezu wiederbelebt wurden. Zudem ist Trump mit nahezu jeder seiner Initiativen (Einreiseverbot, Gesundheitsreform, drastischer Erhöhung des Militärbudgets) an Bundesrichtern oder dem Kongress krachend gescheitert. Ob, was und wann irgendetwas von seinen Wahlkampfversprechen umgesetzt werden wird, ist weitgehend offen. Es stellen sich vor allem zwei Fragen: Ist Donald Trump bereit, das Prinzip der Gewaltenteilung anzuerkennen und den Rechtsstaat zu achten? Mit dem Rauswurf von FBI-Direktor James Comey erweckt er einmal mehr den Eindruck, dass er versucht, sich über das Gesetz zu stellen. Und ist er in der Außenpolitik willens, geschlossene Verträge einzuhalten oder wird alles zur Verhandlungsmasse, zu bilateralen „Deals“?

Die USA unter Donald Trump laufen Gefahr, von einer globalen Führungsmacht zu einem Land des Nationalismus und Isolationismus zu werden, von einem „wohlmeinenden Hegemon“, der internationale öffentliche Güter bereitstellt, zu einer unberechenbaren Großmacht unter anderen Großmächten. Das Ende der Pax Americana wird somit nicht durch einen Herausforderer, sondern durch die USA selbst eingeläutet. Das dadurch entstehende Machtvakuum lädt andere Mächte geradezu ein, es auszufüllen. So hat China durchaus die Chancen erkannt, die sich durch Trumps Aufkündigung der von Obama verhandelten *Trans-Pacific Partnership* (TPP) für Peking ergeben. Schließlich sollte das Abkommen auch dazu dienen, die hegemonialen Ambitionen Chinas zu begrenzen und einzuhegen.

Die internationale Ordnung unter Druck

Die internationale Ordnung ist derzeit weniger von Machtkonzentration als von Machtdiffusion geprägt. Während Russlands Macht nur noch dazu reicht, die internationale Ordnung zu stören und Chinas Macht und Wille (noch!) nicht ausreicht, sie zu gestalten, ist die einzige Macht, die dazu in der Lage wäre – nämlich die USA – offenbar nicht mehr dazu bereit, als Garantie- und Ordnungsmacht aufzutreten. Ob die Europäische Union zusammen mit anderen liberalen Demokratien (Australien, Brasilien, Japan, Kanada, Mexiko) dieses Machtvakuum wird auffüllen können, bleibt abzuwarten.

Wir sind offenbar Zeuge, wie eine neue globale Machtstruktur entsteht, in der die alten Gewissheiten über den Haufen geworfen werden und die liberale Weltordnung, welche die letzten siebzig Jahre währte, deutliche Risse zeigt – ja sogar deren Ende in den Bereich des Denkbaren rückt. Internationale Werte und die uneingeschränkte Gültigkeit von internationalen Abkommen werden zum Beispiel auch von Russland und China zunehmend in Frage gestellt. So wächst die Befürchtung, die Trump-Regierung könnte Gefallen am Vorschlag Niall Fergusons finden, Amerika, China und Russland sollten die Welt in Machtbereiche aufteilen. Donald Trump hat zumindest eine Auseinandersetzung darüber angestoßen, wie diese Welt aussehen soll. Soll sie nach Regeln funktionieren oder nach dem Recht des Stärkeren? Wollen wir offene Gesellschaften und internationale Kooperation oder die Rückkehr zum Nationalismus? Wir können nur hoffen, dass der galoppierende politische Irrsinn sich bald totläuft und ihm entschieden entgegnet wird. Es hat schon früher und immer wieder Angriffe auf die liberale Weltordnung gegeben. Neu ist, dass diese heute auch aus dem Weißen Haus selbst kommen. Die USA, die Schöpfer der liberalen Weltordnung, sind unter Donald Trump gerade dabei, diese in Schutt und Asche zu legen.

Droht eine „Oligarchie der Autokraten“?

Wird es künftig ein Bündnis der starken Männer (Trump, Xi Jinping, Putin) geben, die über die Köpfe der anderen Nationen hinweg ihre Einfluss- und Interessenssphären abstecken? Alle drei Machtmenschen haben bereits klargemacht, dass für sie Regeln und das internationale Recht nur dann gelten, sofern diese ihren Interessen nicht im Weg stehen. Putin mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und seinem militärischen Eingreifen in der Ostukraine und im Syrienkrieg, Präsident Xi mit völkerrechtswidrigen Gebietsansprüchen und militärischen Provokationen im südchinesischen Meer und Präsident Trump mit seinem Versprechen, die vertraglichen Verpflichtungen der USA (TPP, WTO, NATO, NAFTA etc.) aufzukündigen beziehungsweise neu zu verhandeln.

Überhaupt scheint diese sich herausbildende neue „Oligarchie der Autokraten“ in erster Linie bilaterale Beziehungen von Staat zu Staat, statt komplizierter multilateraler Verhandlungen zu bevorzugen. Dabei muss man weniger Kompromisse schließen, sondern es gewinnt zumeist der Stärkere. In Moskau – und seit dem 20. Januar 2017 ganz offensichtlich auch in Washington – wird Außenpolitik zunehmend als Nullsummenspiel betrachtet, bei dem nationale militärische Stärke und Einflusszonen immer Vorrang vor vertragsgestützter, kooperativer Sicherheit haben.

Ein neues Konzert der Großmächte oder Jalta 2.0 ist gleichwohl unwahrscheinlich. Zu groß sind die Konkurrenz und die Interessensgegensätze. Trump steht wegen seiner „Russland-Connection“, die ihn schon zwei führende Regierungsmitglieder gekostet hat, unter Druck und verschärfter öffentlicher Beobachtung. Und auch Präsident Putin scheint mittlerweile den „Mehrwert“ einer Präsidentschaft Trumps deutlich nüchterner zu bemessen. Es deutet deshalb einiges darauf hin, dass die von vielen prognostizierte Männerfreundschaft zwischen Trump und Putin an den unterschiedlichen Interessen beider Staaten ebenso scheitern wird, wie an den ähnlich wild wuchernden Egos der beiden Herren. Dabei scheint Trump durchaus den „Erfolg“ von Putin kopieren zu wollen. Beide versuchen mit außenpolitischen Aktionen von ihrem innenpolitischen Versagen abzulenken. Auch Putins Trumpf, den Unberechenbaren zu geben, der notfalls willens ist, einen Konflikt immer weiter zu eskalieren, um seine Widersacher zum Einlenken zu bewegen, sticht nicht mehr. Spätestens seit Trump scheint Putin kein Monopol mehr auf diese Rolle zu haben – Kim Jong Un und Recep Tayyip Erdogan versuchen sich derzeit ebenfalls darin.

Weltpolizist Trump?

Nach dem Bombenangriff auf die syrische Luftwaffenbasis stellt sich zudem die Frage, ob die 59 amerikanischen Marschflugkörper Verbote eines Strategiewechsels sind, der die von Trump versprochene außenpolitische Zurückhaltung beendet und die USA zurück in die Weltpolizistenrolle bringt oder ob der Militärschlag vor allem innenpolitisch motiviert war. Es spricht einiges für Letzteres. Immerhin hat Trump durch den Raketenangriff dreierlei erreicht. Seine historisch einmalig schlechten Popularitätswerte sind erstmals wieder nach oben gegangen und erstmals lobt die kriegsbegeisterte amerikanische Presse (und nicht nur die) ihn übereinstimmend für seine „Entschlusskraft“. Zudem hat er sich von seinem Vorgänger Obama abgesetzt, dessen rote Linie 2013 bekanntlich ohne Konsequenzen vom Assad-Regime überschritten wurde. Und *last but not least* hat er die Spekulationen um seine „Freundschaft“ zu Putin und die russischen Einflüsse auf den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf zumindest vorübergehend verstummen lassen.

Protektionismus und Aufrüstungsrunden

Kaum überraschend ist auch der Welthandel für den amerikanischen Präsidenten ein Nullsummenspiel und kein Wohlstandsgewinn für alle, ein Wirtschaftskrieg zwischen Nationen, in dem der Gewinn des Einen der Verlust des Anderen ist. Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet der Import- und Schuldenweltmeister Amerika nun sein Heil im Protektionismus sucht. Trump ist davon überzeugt, dass sein protektionistischer Kurs Amerika zu großem Wohlstand und Stärke führen wird. Eine Erkenntnis, die er bislang weitgehend exklusiv hat. Überhaupt fällt eine merkwürdige Mischung aus Größenwahn und Weinerlichkeit ins Auge. Trump zeichnet ein Bild von den USA als einer ständig von Verbündeten übervorteilten und benachteiligten Macht, die deswegen am Rande des Abgrundes steht. Die Zahlen sprechen hingegen eine ganz andere Sprache. Obama hat seinem Nachfolger ein Land mit überwiegend guten wirtschaftlichen Rahmendaten überlassen. Die Antwort auf die Frage, wie der Präsident sein gigantisches Steuersenkungsprogramm, seine vorerst gescheiterte Gesundheitsreform und zudem noch die geplante Aufrüstung des Militärapparates finanzieren möchte, kann eigentlich nur lauten: durch eine noch gigantischere Staatsverschuldung!

Ein weiteres Projekt, welches der Präsident vorantreibt ist die weitere Aufrüstung der mit weitem Abstand stärksten Militärmacht der Welt. Allein die von Trump geplante Steigerung der amerikanischen Verteidigungsausgaben um zehn Prozent oder 54 Milliarden Dollar im kommenden Haushaltsjahr ist etwa ein Drittel größer als der gesamte deutsche Verteidigungshaushalt. Auf der anderen Seite will Trump die Mittel für die „Soft-Power“ von Diplomatie und Entwicklungshilfe um fast ein Drittel zusammenstreichen. Aufgrund der Zerstrittenheit der Republikaner im Kongress war Trump auf einen Konsens mit den Demokraten angewiesen, die dem Haushaltsentwurf des Präsidenten auf verschiedenen Feldern die Zähne gezogen haben, so dass die Steigerung des Militärbudgets nun vorerst deutlich hinter den Plänen zurückbleibt.

Schon heute geben die NATO-Mitglieder mit rund 900 Milliarden Dollar dreimal so viel für ihre Armeen aus, wie Russland und China zusammen. Die USA haben im vergangenen Jahr 3,3 Prozent ihres BIP, 611 Milliarden Dollar, für Rüstung ausgegeben. Sollten nun auch die 23 NATO-Staaten, die unter der Zwei-Prozent-Zielmarke liegen, ihre Verteidigungsausgaben entsprechend erhöhen, würde die NATO in diesem Jahr 962 Milliarden Dollar ausgeben, statt 881 Milliarden im Jahr 2016. Das ist mehr als die gesamte übrige Welt zusammen in Verteidigung investiert, nämlich 57 Prozent der globalen Militärausgaben. Deutschland wäre in diesem Szenario mit 69 Milliarden der viertgrößte Militärinvestor der Welt: tatsächlich liegt es mit etwa 41 Milliarden Dollar auf Platz neun.

Mit anderen Worten: Es wäre kompletter Irrsinn, blind dem militärischen Aufrüstungswahn des US-Präsidenten zu folgen. Die Äußerung Trumps, Deutschland schulde der NATO große Summen, ist schlichter Unfug und die darin implizierte Gleichsetzung von NATO und USA spricht Bände. Das 2-Prozent-Ziel ist zudem eine willkürliche Größe, die nichts über den jeweiligen Beitrag zur internationalen Sicherheit aussagt. Dabei steht außer Frage, dass die Bundeswehr mehr Geld bekommen muss, nicht um aufzurüsten, sondern um die durch eine verfehlte Reformpolitik in der letzten Dekade verursachten Lücken zu schließen. Entscheidend ist dabei nicht die Quantität, sondern die Qualität. Über den deutschen Verteidigungsetat bestimmt jedenfalls auch künftig nicht der amerikanische Präsident, sondern der Bundestag. Hinzu kommt, dass die Europäer bis zu 30 Prozent ihrer Rüstungskosten einsparen könnten, wenn sie bei der Beschaffung neuer Waffensysteme besser kooperieren würden.

Das letzte, was die Welt braucht ist ein globaler Rüstungswettlauf, der derzeit leider schon in verschiedenen Regionen in vollem Gange ist und Ressourcen absorbiert, die eigentlich dringend für andere Ausgaben, etwa Bildung, Forschung, Gesundheit, Infrastruktur oder Umweltschutz gebraucht werden.

Wir brauchen ein Bündnis aller liberalen Demokratien und Demokraten

Es sind goldene Zeiten für Apokalyptiker. Wenn vor einem Jahr jemand prophezeit hätte, dass Großbritannien aus der EU austreten, Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten und die Türkei sich auf dem Weg in eine islamische Präsidialautokratie befinden würden, er wäre zweifelsohne für verrückt erklärt worden.

Es gibt immerhin erste Anzeichen dafür, dass der Schock die Europäer aufgeweckt hat. Der Brexit und der irrlichternde Donald Trump haben mit Pulse of Europe das Entstehen einer proeuropäischen Bürgerbewegung gefördert, die ebenfalls keiner vor einem Jahr prognostiziert hätte. Mit dem Sieg von Alexander van der Bellen bei den österreichischen Präsidentschaftswahlen, dem Dämpfer für Geert Wilders bei den niederländischen Parlamentswahlen und dem Sieg von Emanuel Macron bei der Stichwahl am 14. Mai scheint der Vormarsch der Populisten fürs Erste gestoppt. Es bleibt zu hoffen, dass sich dieser Trend bei der Bundestagswahl fortsetzen wird. Die liberalen Demokratien und Demokraten müssen sich zusammenschließen, um gemeinsam mit libertären Gesellschaftsgruppen, NGOs und Bürgerrechtsbewegungen die werte- und regelbasierten internationalen Organisationen gegen ihre autoritären Herausforderer von außen und innen zu verteidigen. Nicht nur die OSZE, die EU und die NATO, auch die G20 und die WTO so wie alle multilateralen Handels-, Umwelt-, Klima- und Rüstungskontrollregime, ja das gesamte System der Vereinten Nationen müssen sturmfest gemacht werden. Dafür müssen sich die noch verbliebenen liberalen Demokratien der Welt zusammentun, um den Trumps, Putins, Erdogans und Orbans dieser Welt Paroli zu bieten.

Kinder- und Jugendsitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld

Von Katrin Bucher

Seit Mai dieses Jahres haben wir ein besonderes Thema auf die Tagesordnung der Bezirksvertretung gesetzt. Um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politischen Prozesse zu stärken, wollen wir einmal im Jahr eine Kinder- und Jugendsitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld durchführen. Dabei handelt es sich ganz klar nicht um ein Jugendparlament, sondern eine reguläre Sitzung der Bezirksvertretung, in der Kinder und Jugendliche Ihre Ideen in Form von Anträgen, im Rahmen der Bürgerfragestunde oder als Bürgereingabe in die politischen Prozesse einbringen können. In Zusammenarbeit mit unseren Schulen im Veedel wird so realistisch dargestellt, wie man sich politisch einbringen kann.

Unser Antrag schon im Mai auf der Tagesordnung und die anderen Fraktionen hatten noch Fragen und/oder wollten ebenfalls Antragssteller sein. Am 10. Juli war es dann endlich soweit – mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen konnten wir die Kinder- und Jugendsitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließen. Im Frühjahr 2018 soll die erste Sitzung stattfinden, wir freuen uns auf die direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Stadtbezirk!

Natürlich macht eine solche Idee nicht an den Grenzen unseres Stadtbezirks halt, vielmehr haben wir mit mehreren Bezirksvertretungen die Erfahrungen aus Chorweiler aufgegriffen. Das Ergebnis unserer SPD-Initiative? Die Kinder- und Jugendsitzung wird von den Bezirksvertretungen in Ehrenfeld, Kalk, Rodenkirchen, Chorweiler und bald hoffentlich auch in Porz stattfinden!

Hier ganz konkret der gemeinsame Antrag:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt, eine Sondersitzung als „Jugendsitzung in der Bezirksvertretung Ehrenfeld“ durchzuführen. Diese soll künftig einmal pro Jahr stattfinden.

Für die Jugend-BV-Sitzung gelten folgende Grundsätze:

- Sitzungsbeginn 10 Uhr vormittags an einem Wochentag.
- Sitzungsdauer 60 bis 90 Minuten.
- Als Gäste sind Schüler*innen aller Schulen aus dem Stadtbezirk Ehrenfeld eingeladen. Die Schulen sollen dabei auswählen, welche Klassen bzw. Kurse teilnehmen. Für Exkursionen im Rahmen des Unterrichts bieten sich etwa SoWi- oder Politikurse der Oberstufen oder Mittelstufen etc. an, in deren Rahmen das politische System der Bundesrepublik Deutschland oder das Thema Kommunalpolitik besprochen wird.
- Innerhalb dieser Kurse soll in enger Absprache mit den Fachlehrer*innen (federführend über den Bezirksbürgermeister) die Möglichkeit geschaffen werden, dass Schüler*innen kommunalpolitische Anträge vorbereiten und diese möglichst als gemeinsamer Antrag in der Sitzung behandelt werden. Darüber hinaus soll die Möglichkeit der Bürgereingabe im Vorfeld der Sitzung vermittelt werden.
- Die Verwaltung wird gebeten, Vorlagen mit kinder- und jugendspezifischen Themen insbesondere zu dieser Sitzung einzubringen.
- Im Anschluss an die Sitzungen soll in einem ausreichenden Rahmen Zeit eingeplant werden, sodass sowohl in einer moderierten Fragerunde als auch im persönlichen Gespräch Schüler*innen den Kommunalpolitiker*innen Ihre Fragen stellen können.
- Die Sitzung, an der Schülerinnen und Schüler teilgenommen haben wird unmittelbar im Anschluss an die Sitzung nachbereitet, zu dieser Nachbereitung sollen Mitglieder der Bezirksvertretung zur Verfügung stehen.
- Über den genauen Ablauf und Inhalte sollen sich die Fraktionen im Einvernehmen verständigen.

Die erste Jugend-BV-Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld soll im ersten Halbjahr 2018 stattfinden.

Begründung:

Ziel der Jugend-BV-Sitzung ist es, sowohl junge Menschen für Politik zu interessieren als auch ihre Ansichten und Interessen besser in die Meinungsfindung der Bezirksvertretung einzubeziehen. Als Vorbild dient die entsprechende Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld möchte darüber hinaus die Schüler*innen sowie Jugendlichen auch als aktive Teilnehmende und Gestalter*innen von Demokratie im Rahmen der Bürgersprechstunde einbeziehen.

Hintergrund ist sowohl das Interesse insbesondere junger Menschen an Politik im Allgemeinen sowie an der Arbeit der Bezirksvertretung, aber auch an öffentlicher Beteiligung: Bei den klassischen Formen der Bürgerbeteiligung finden sich in der Regel kaum junge Menschen, deren Meinung entsprechend unterrepräsentiert bleibt. Bislang findet ein direkter Austausch zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit der Kommunalpolitik in deutlich zu geringem Maße statt.

Die Jugend-BV-Sitzung stellt in diesem Zusammenhang einen aktiven Schritt der Bezirksvertretung auf die Interessen junger Menschen dar und soll zu einer regelmäßigen Institution werden, um das Interesse an Politik zu stärken. In gleichem Maße erhoffen sich die Antragsteller, dass durch die Befassung mit geeigneten Themen für Bürgeranträge die Identifikation mit dem Stadtbezirk Ehrenfeld zunimmt.

Dabei kann die Jugend-BV-Sitzung nur den ersten Schritt in einer nachhaltig anlegenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sein. Gerade dieser erste konkrete Schritt soll möglichst direkt in der Bezirksvertretung umgesetzt werden.